



# Verfassungsschutzämter besser verzahnen Rechtsextreme Mörderbande erschüttert das Land

Ein gewaltbereites Netzwerk von Neonazis konnte in den Jahren 2000 bis 2007 zumindest neun Mitbürger mit Migrationshintergrund und eine Polizistin kaltblütig ermorden und darüber hinaus brutale Banküberfälle begehen. Es steht zu befürchten, daß die laufenden Ermittlungen zusätzliche erschreckende Tatsachen zu Tage fördern werden.

## Das sind erschütternde Nachrichten für Deutschland.

Die Enthüllungen der letzten Tage haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutzämter, nachhaltig beschädigt. Zugleich weckt die Aufklärung der Verbrechen neues Mitgefühl und Anteilnahme für die Hinterbliebenen.

Die bisher vorliegenden Informationen zum Fall der rechtsextremistischen Mörderbande aus Thüringen werfen Fragen in Bezug auf die geheimdienstliche und kriminalpolizeiliche Beobachtung der Täter auf. Auch anderthalb Wochen nach Beginn der Enthüllungen sind viele Fragen offen.

Viele sind von den zuständigen Länderbehörden zu beantworten, einige aber auch vom Bund.



Hartfrid Wolff MdB ist stv. Vorsitzender des Parl. Kontrollgremiums für die Geheimdienste Foto: Kiessling

Die zentrale Frage lautet: Wie konnte eine den Sicherheitsbehörden bekannte Gruppe rechtsextremer Gewalttäter in den Untergrund gehen und dort so viele Jahre lang derart ungestört agieren?

Wären die Mordtaten wohl zu verhindern gewesen, wenn die Delikte aus den 90er Jahren richtig aufgeklärt und die Täter schon damals festgenommen worden wären?

Der Bund hat eine spezifische Verantwortung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz. Hätte das Bundesamt angesichts der in verschiedenen Bundesländern verwendeten gleichen Tatwaffe nicht von sich aus tätig werden müssen? Haben die zuständigen Landesbehörden pflichtgemäß an das Bundesamt berichtet?

Da die Morde mit ein und derselben Tatwaffe sich immer gegen Ausländer sowie in einem Fall gegen eine Polizistin richteten, wären m.E. - obschon auch ein allgemeinkrimineller Hintergrund denkbar war – weder verfassungsfeindliche Bestrebungen noch Aktionen, die gegen die Völkerverständigung gerichtet sind, auszuschließen gewesen.

Das hätte das Eingreifen des Bundesamtes zumindest gerechtfertigt. Dazu wird das Bundesamt noch konkreter, als bislang geschehen, Rechenschaft geben müssen.

Einmal mehr stellt sich die Frage nach der besseren Vernetzung der Sicherheitsbehörden, die bislang an noch zu vielen Stellen blockiert wird. Nach jetzigem Erkenntnisstand ist die Arbeit der Verfassungsschutzämter besser zu verzahnen.

Deshalb begrüße ich die Ankündigung des Bundesinnenministers, ein **Gemeinsames Abwehrzentrum** auch gegen rechte Gewalt einzurichten.

Es stellt sich aber die Frage, ob bei jeder Gewalttat sofort auf Herkunft und Gesinnung zu schließen ist. Insofern ist die Terrorabwehr auch in sich, unabhängig davon, ob die Täter mutmaßlich rechts- oder linksextremistisch oder islamistisch sind, eng zu vernetzen.

Auch die Zahl der **Landesverfassungsschutzämter** darf kein Tabu sein. Das Nebeneinanderher der Sicherheitsbehörden muss der Vergangenheit angehören. Auch in anderer Hinsicht, etwa dem **Militärischen Abschirmdienst** oder den **zollpolizeilichen Dienststellen** hat die FDP unter Effizienzgesichtspunkten wiederholt erhebliche Zweifel geäußert.

Eine Neuorganisation ist überfällig. Ressortgoismen sind fehl am Platz. In die Neuausrichtung der Sicherheitsarchitektur, die die Bundesregierung begonnen hat, ist auch die Frage der Kontrolle der Nachrichtendienste einzubeziehen.

Die Debatte um ein Verbot der NPD wurde durch die Aufdeckung der Mörder wieder entfacht. Auch wenn ein unmittelbarer organisatorischer Zusammenhang mit der NPD bislang nicht nachweisbar ist:

Die NPD ist aus Sicht der FDP eine verfassungsfeindliche Partei und trägt zur Bildung des geistig-sozialen Milieus bei, aus dem nun offenbar auch schwerste Gewalttaten

## Termine

21.11.2011 bis 25.11.2011

Deutscher Bundestag - Sitzungswoche

27.11.2011

Volksabstimmung Stuttgart 21  
Kündigungsgesetz

28.11.2011 bis 02.12.2011

Deutscher Bundestag - Sitzungswoche

12.12.2011 bis 16.12.2011

Deutscher Bundestag - Sitzungswoche

entstanden sind. Solange das Bundesverfassungsgericht den Einsatz von V-Leuten in der NPD für einen Hinderungsgrund für ein Verbot der Partei hält, ist leider mit einem erfolgreichen Ausgang eines solchen Verfahrens nicht zu rechnen. Ein erneutes Scheitern aber würde der NPD zusätzlichen Auftrieb geben. Hieran kann keiner Interesse haben.

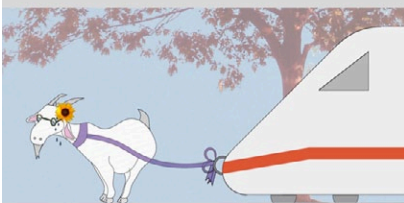
Auch der Einsatz von **V-Leuten** ist in diesem Zusammenhang zu hinterfragen. Weder das BKA-Gesetz noch die Polizeigesetze der Länder machen detaillierte Vorgaben zum Einsatz von V-Leuten. Angesichts der bislang bekannt gewordenen Umstände scheinen präzisere Vorgaben erforderlich. **V-Leute dürfen nicht im Ergebnis außerhalb unseres Rechtssystems stehen.**

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich braune Gewaltkriminalität zu einem terroristischen Netzwerk verdichtet und schreckliche Mordtaten begangen. Erst jetzt, durch den Selbstmord zweier mutmaßlichen Haupttäter, kommen diese Zusammenhänge ans Licht. Ein parteipolitischer Streit, wie ihn einige offenbar jetzt anzubahnen versucht sind, wird von niemandem in diesem Landen verstanden. Weder macht es Sinn, rechten gegen linken oder auch muslimisch motivierten Extremismus gegeneinander auszuspielen. Wer derartiges tut, macht sich zum Trittbrettfahrer der Gewalttäter. Noch verdient die Bundesregierung aus Union und FDP Tadel dafür, denn diese sind Taten überwiegend in Zeiten einer Koalition aus SPD und Grünen begangen und eben nicht zeitnah aufgeklärt worden sind. Vielmehr sind alle politischen Parteien in der Pflicht, weil alle politischen Parteien auf Bundes- und Landesebene im betreffenden Zeitraum in Regierungsverantwortung standen.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu recht, daß demokratische Politiker gemeinsam gegen totalitäre Gewaltverbrecher vorgehen.

**Auf der schwäb'sche Eise'ba  
goht no emmr nix vora!**

Sie entscheiden.  
Stuttgart-Ulm weiterhin  
im Geißbock-Tempo?



AM 27. NOVEMBER 2011  
**NEIN**  
ZUM KÜNDIGUNGSGESETZ

ProStuttgart-21.de

29. Oktober 2011 - FDP Bezirksparteitag Region Stuttgart

## Hartfrid Wolff zum Bezirksvorsitzenden der Region Stuttgart wiedergewählt

Presseecho der Stuttgarter Zeitung vom 31.10.2011. Von Thomas Durchdenwald

Stuttgart 21 und die Lage der Partei - das waren die bestimmenden Themen des Parteitags des FDP-Bezirksverbands Region Stuttgart am 29.10.2011 in der Zehntscheuer in Leinfelden-Echterdingen (Kreis Esslingen). Der mit 99 von 104 Stimmen wiedergewählte Bezirkschef Hartfrid Wolff rief seinen Parteifreunden angesichts der schlechten Umfragewerte zu: „Hintern Horizont geht's weiter.“ Die FDP müsse sich zu liberalen Werten wie „Freiheit und Verantwortung, soziale Marktwirtschaft und Bürgergesellschaft“ bekennen, die inneren Machtkämpfe beenden und im Diskurs um den besten Weg kämpfen. „Das Schiff, das dampft und segelt, mit einem, der das alleine regelt, das gibt es nicht mehr“, sagte Wolff in Anspielung auf den Ex-Vorsitzenden Westerwelle: „Die Kommandostruktur ist vorbei.“

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten aus Stuttgart und den fünf Kreisen der Region eine Resolution, in der sie sich zu Stuttgart 21 bekennen und die Bevölkerung aufrufen, bei der Abstimmung über das **Kündigungsgesetz mit Nein zu stimmen**. Andere regionale Themen spielten nur am Rande eine Rolle, dann aber nahmen die FDP-Politiker eine kritische Rolle gegenüber der Region ein. So lobte Wolff die FDP-Fraktion in der Regionalversammlung, die sich gegen mehr Kompetenzen für den Verband und die Dominanz der Regionalplanung ausspreche. „Die Beschlüsse der Kommunen verdienen auch bei den Planern vom Reißbrett wieder mehr Respekt“, sagte er. Die Region solle sich damit zurückhalten, „bevormundende Vorgaben, die Investitionen eher behindern“, zu machen. Noch deutlicher auf die antiregionale Karte setzte der Böblinger Regionalrat Andre-



**Hartfrid Wolff MdB wurde auf dem FDP-Bezirksparteitag in Leinfelden-Echterdingen als Bezirksvorsitzender mit großer Mehrheit wiedergewählt. Hier bei seiner Rede vor dem Parteitag.**  
Foto: Kiessling

as Knapp, der wie sein Stuttgarter Fraktionskollege Armin Serwani zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt wurde. Selbst in Bereichen, in denen die Region laut Gesetz Aufgaben hat, etwa in der Regionalplanung, forderte Knapp mehr Zurückhaltung. „Auch in der Wirtschaftsförderung macht mir die Region viel zu viel“, sagte er. In der Kultur solle sie sich zurückhalten, im Sport brauche man die Region gar nicht, sagte Knapp. Dort ist seit 1996 die Sport-Region aktiv, die vom Verband Region Stuttgart, zahlreichen Kommunen und Sportverbänden getragen wird.



**Thema Stuttgart 21 auf dem Bezirksparteitag der FDP in Leinfelden-Echterdingen: Hartfrid Wolff, MdB, Wolfgang Dietrich, Jürgen Karle und Jochen Haussmann MdL.**  
Foto: Kiessling

4. November 2011 - Themenabend Euro

# Risiko und Haftung müssen bei der Euro-Rettung miteinander einhergehen

Von Maximilian Lenk

Auf Einladung des FDP-Bezirksverbands Region Stuttgart und dessen Vorsitzenden Hartfrid Wolff MdB, besuchte der Vizepräsident des Deutschen Bundestags und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft & Finanzen der FDP-Bundestagsfraktion Dr. Hermann Otto Solms am 4.11.2011 den Rems-Murr-Kreis. Der Anlass war aktueller Natur: Dr. Solms referierte über das Thema „Wohin steuert Europa? Währungsunion, Wirtschaftsregierung, Binnenmarkt“. Dementsprechend groß war das Interesse mit über 80 Zuschauern im Bärensaal in Weinstadt-Endersbach.

Der gelernte Diplomökonom bezeichnete die Gründung der Währungsunion als „*risikobehaftete Operation am offenen Herzen Europas*“. Allerdings dürfe dabei nicht vergessen werden, dass dies eine Bedingung im Zuge der deutschen Wiedervereinigung war. Gerade wegen des Risikos habe man deshalb strenge Stabilitätskriterien verfasst, die aber mangels strenger Sanktionsmöglichkeiten ins Leere liefen. Als fatal bezeichnete er die Auflockerung dieser Kriterien unter dem Finanzminister Hans Eichel. Nichtsdestotrotz sei die Währungsunion mit erheblichen Vorteilen für die deutsche Wirtschaft verbunden.

## Solms: Beim Mitgliederentscheid Euro für Antrag B stimmen

Im Hinblick auf den **FDP-Mitgliederentscheid** schilderte Solms seine eigenen Zweifel insbesondere im Zusammenhang mit dem Rettungspaket I für Griechenland. Auch in Zukunft gelte es, diese immer wieder von neuem zu überdenken. Insbesondere stellte er klar, dass weiterhin unbedingt gelten müsse, dass Risiko und Haftung miteinander einhergehen. „Eine **Transferunion**, in der stabilitätsorientierte Staaten für die Schulden der weniger stabilitätsorientierten Staaten aufkommen müssten, sei deshalb unter allen Umständen zu vermeiden.“ Das Beispiel des fehlkonzipierten Länderfinanzausgleichs unterstreiche dies.

Um die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen effektiv kontrollieren zu können, begrüßte der Vizepräsident des Deutschen Bundestags ausdrücklich die vor allem von der FDP geforderte Stärkung des Deutschen Bundestags, der nun bei jeder Entscheidung das letzte Wort hat. Damit gehe bei den Verhandlungen der europäischen Staats- und Regierungschefs sogar eine Stärkung der deutschen Verhandlungsposition einher, da



Dr. Hermann Otto Solms MdB und Hartfrid Wolff MdB sprechen sich in Weinstadt-Endersbach beim Mitgliederentscheid für den Antrag B des Bundesvorstandes aus. Foto: Schulte

sie in bestimmte Richtungen hin von vornherein nicht diskutierbar sei, so Solms.

Bei den anstehenden Neuordnungen werde es nach Solms auch um die Strukturierung der Finanzpolitik gehen. Jedoch steht er einer Vergemeinschaftung der Finanzpolitik auf europäischer Ebene wie sie wohl von Bundesfinanzminister Schäuble präferiert wird, kritisch gegenüber. Zum einen werde dadurch die Budgethoheit des deutschen Parlaments beschnitten, zum anderen führe dies zu einer weiteren Vereinheitlichung. Dabei sei immer die Zukunft Europas im Blick zu behalten: möchte man ein Gebilde wie etwa die „Vereinigten Staaten von Europa“ oder ein Staatengebilde mit Erhalt der europäischen Vielfalt, die Europa ja gerade ausmache, so Solms, der daher zweiteres präferiert.

An den Vortrag schloss sich eine lebendige und engagierte Diskussion an, die weit über den Inhalt des Vortrags hinausging. Insbesondere der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen & Recht der FDP-Bundestagsfraktion **Hartfrid Wolff** verwies auf viel weitergehende Probleme, die mit einem möglichen Ausschluss Griechenlands verbunden seien, wie beispielsweise bei der Flüchtlingspolitik. Dementsprechend sei ein stabiles Griechenland auch in dieser Hinsicht im Interesse Deutschlands.

Der Abend machte eines deutlich: Auch in Zukunft ist in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen mit der Freien Demokratischen Partei zu rechnen.



Großes Interesse bei rund 80 Besuchern im Bärensaal in Weinstadt-Endersbach

Foto: Schulte

## Aus dem Bundestag

### Bürokratieabbau

Die christlich-liberale Koalition will den Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen vorantreiben. Ein entsprechender Antrag wurde am Donnerstag im Bundestag debattiert. „Wir geben dem Mittelstand Freiraum“, betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, **Ernst Burgbacher**. In der Debatte zum Antrag sprach Burgbacher dem Mittelstand den Dank des Hauses aus. Es sei im wesentlichen das Verdienst der kleinen und mittleren Unternehmen gewesen, dass Deutschland so gut aus der Krise kam. Mittelstandspolitik ist auch Kernstück der Arbeit der schwarz-gelben Koalition. „Wir bauen Bürokratie und Vorschriften ab und lassen die Unternehmen arbeiten“. Mit Erfolg: Vor fünf Jahren mussten die Mittelständler jährlich noch rund 50 Milliarden Euro für Bürokratiekosten aufwenden. Heute zahlen sie 10,5 Milliarden Euro weniger. 4,5 Milliarden Euro davon habe Schwarz-Gelb in nur zwei Jahren dazu beigetragen, betonte Burgbacher. Konkret habe die Koalition unter anderem dafür gesorgt, dass der elektronische Entgeltnachweis ELENA, der einen gewaltigen Aufwand und Kosten für die Firmen nach sich zog, zum Jahresende

ausläuft. Beim Vergaberecht wurde es kleineren Betrieben erleichtert, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Darüber hinaus wurde ein Frühwarnsystem für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen eingerichtet, erklärte Burgbacher. **Claudia Bögel**, Mitglied der FDP-Fraktion im Wirtschaftsausschuss, wies auf die niedrigen Arbeitslosenzahlen und die steigende Nachfrage hin. Das liege am Mittelstand, aber auch an der Politik, die „die richtigen Impulse gesetzt“ habe. Indem Rahmenbedingungen kontinuierlich verbessert würden, bekämen die Unternehmen mehr Freiraum für „Wachstum, Wohlstand und Innovationen“.

### Mindestlohn-debatte

Der Bundestag hat in einer Aktuellen Stunde am 10.11.2011 die Haltung der Regierungskoalition zu Mindestlöhnen diskutiert. FDP-Sozialexperte **Heinrich Kolb** stellte gleich zu Beginn klar, dass die Regierung einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn - wie bereits im Koalitionsvertrag vereinbart - ablehne. „Die Politik soll sich aus der Lohnfindung heraushalten. Sie ist das Herzstück unseres Sozialstaates und sie ist erfolgreich“, erklärte Kolb mit Verweis auf die unter 2,8

Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik und die drittniedrigste Jugendarbeitslosigkeitsquote im europäischen Vergleich. „Die FDP will faire Löhne für Arbeitnehmer, die hart arbeiten, für Unternehmer, die Verantwortung für den Bestand und den wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens tragen und auch für Arbeitnehmer, die einen Zugang zum Arbeitsmarkt suchen“, erklärte Kolb. Und im Großteil der Arbeitsverhältnisse sei eine Einigung der Parteien auf Verträge, die auskömmlich und wirtschaftlich vernünftig sind, über Tarifverhandlungen erreicht worden. Diese Tarifautonomie will die schwarz-gelbe Koalition erhalten. FDP-Arbeitsmarktexperte **Johannes Vogel** betonte, die Tarifautonomie sei Teil des deutschen Jobwunders. „Und das dürfen wir nicht gefährden.“ Vogel nutzt seine Rede, um in der Debatte Fakten von Polemik zu trennen. In ihrer Kritik an ausgehandelten Tariflöhnen führte die Opposition häufig das Beispiel eines Thüringer Frisörs an, der unter vier Euro in der Stunde verdiene. Vogel erklärte, es sei in einer solchen Debatte eine Frage der Ehrlichkeit, dabei nicht zu unterschlagen, dass jener Angestellte dafür aber eine wesentliche Umsatzbeteiligung erhalte.

## Aus dem Bundesrat

### Stasi-Unterlagengesetz

Der Bundesrat hat am 4.11.2011 dem geänderten Stasi-Unterlagengesetz zugestimmt. Danach können Stasi-Überprüfungen im öffentlichen Dienst ausgeweitet werden. Zudem dürfen frühere Stasi-Mitarbeiter nicht mehr in der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen arbeiten. 45 betroffene Mitarbeiter sollen in andere Behörden versetzt werden. Das Gesetz macht Stasi-Überprüfungen im öffentlichen Dienst grundsätzlich noch bis 2019 möglich - also bis zu 30 Jahre nach dem Mauerfall.

### Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Nach Zugeständnissen des Bundes hat der Bundesrat dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse zugestimmt. Bundesbildungsministerin Schavan verwies am 4.11.2011 in der Länderkammer darauf, dass die Länder Mittel erhalten, um die Beratung der Migranten zu verbessern. Sollte dies nicht ausreichen, werde der Bund „nachsteuern“. Zuvor hatten mehrere Länder inhaltliche Bedenken zu dem Gesetz geäußert und die Einschaltung des Vermittlungsausschusses vorgeschlagen. Dafür fand sich jedoch keine Mehrheit im Bundesrat. Nach dem Gesetz soll künftig über ein bundesweit einheitliches Verfahren innerhalb von

drei Monaten geklärt werden, inwieweit ausländische Zeugnisse deutschen Berufsabschlüssen entsprechen. Auch für Mediziner, Apotheker und Rechtsanwälte gilt diese Regelung. Andere akademische Abschlüsse werden von der Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen (ZAB) bewertet. Der Bundesregierung zufolge könnten knapp 300.000 Menschen von dem neuen Anerkennungsgesetz profitieren.

### Elektronischer Entgeltnachweis

Der elektronische Entgeltnachweis (ELENA) wird wieder abgeschafft. Der Bundesrat ließ dafür am 4.11.2011 ein entsprechendes Gesetz passieren. Bereits gespeicherte Datenmengen sind wieder zu löschen. Mit dem 2009 eingeführten Elena-Verfahren waren die Arbeitgeber verpflichtet worden, die Entgeltdaten ihrer Beschäftigten an eine zentrale Speicherstelle zu melden. Für Sozialleistungsverfahren sollten sie dort von den zuständigen Behörden abgerufen werden können - mit Zustimmung der Betroffenen. Doch dazu wäre auch die elektronische Signatur nötig gewesen. Sie wird aber Untersuchungen zufolge in absehbarer Zeit nicht flächendeckend eingeführt sein. Der hessische Justizminister **Jörg-Uwe Hahn (FDP)** mahnte in seiner Rede, dass künftige Projekte solcher Tragweite die Aspekte Daten-

schutz und Sicherheit früher und besser berücksichtigen müssen, um die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen.

### Range neuer Generalbundesanwalt

Die Ernennung des Cellar Juristen **Harald Range** zum neuen Generalbundesanwalt ist beschlossene Sache. Der Bundesrat stimmte der Personalie am 4.11.2011 in Berlin einstimmig zu. Das Bundeskabinett hatte bereits grünes Licht gegeben. Range wurde am 17. November in Karlsruhe in sein neues Amt eingeführt. Der Generalbundesanwalt ist in Deutschland die Nummer eins bei der Verfolgung von Terroristen.



Der Bundesrat in Berlin

Foto: Kiessling

## Aus Europa

### Verfassungswidrig: 5% Klausel bei der Europawahl nicht zulässig

Am 9.11.2011 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die in Deutschland geltende Fünf-Prozent-Sperrklausel für das Europaparlament verfassungswidrig ist. Die Klausel verstoße gegen die Chancengleichheit der Parteien sowie den Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit. Die entsprechende Regel des Europawahlgesetzes ist somit nichtig. Die Wahl zum EU-Parlament im Jahre 2009 bleibt jedoch gültig und muss nicht wiederholt werden. Der Experte für Fragen des Wahlrechts der FDP-Bundestagsfraktion **Stefan Ruppert** machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass diese Entscheidung nicht die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments beeinträchtigen dürfe: „Die Koalition wird das Urteil aus Karlsruhe genau prüfen und mögliche Auswirkungen auf die Europawahlen abwägen. Es gilt dabei, eine Regelung zu finden, die die ange-mahnten Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und Chancengleichheit der Parteien verwirklicht.“

### Finanztransaktionssteuer: Entscheidung vertagt

Am 8.11.2011 kamen die EU-Finanzminister in Brüssel zusammen, um u.a. die umstrittene Steuer auf Finanzgeschäfte zu diskutieren. Die Finanztransaktionssteuer hat in der Europäischen Union aber auch weiterhin zu nächst keine große Aussicht, eingeführt zu werden. Bei der ersten Debatte über den Gesetzentwurf der EU-Kommission blieben die Fronten zwischen den Finanzministern der 27 EU-Staaten verhärtet. Großbritannien und Schweden lehnen die Steuer strikt ab. Der finanzpolitische Sprecher und stellver-

tretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion **Volker Wissing** forderte trotz dieser Widerstände erneut die Einführung der Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene: „Diese Steuer ist kein Beitrag zur Finanzmarktregulierung. Sie ist aber ein Beitrag zur Finanzierung der Folgen der Finanzmarktkrise. Deswegen macht sie aus haushaltspolitischen Erwägungen heraus Sinn“. Die Experten der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission sollen den derzeit vorliegenden Gesetzentwurf weiter konkretisieren. Im Frühjahr 2012 soll das Thema wieder auf den Tisch.

### Mittelstand: EU will stärker unterstützen

Am 9.11.2011 legte die EU-Kommission eine Mitteilung mit Maßnahmen vor, um kleine und mittelständische Unternehmen stärker bei Expansionen ins Ausland zu unterstützen. Unter anderem soll die EU-Kommission künftig bei der Informationsbeschaffung über externe Märkte helfen und auch vor Ort mehr helfen, um z.B. eine Expansion in aufstrebende Märkte wie China zu erleichtern. Zu diesem Zweck soll 2012 ein Internetportal eingerichtet werden, das Informationen etwa über Zollvorschriften und die Wirtschaftslage in Drittländern zusammenführt. Weitere Informationen hier: [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/market-access/internationalisation/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/market-access/internationalisation/index_en.htm)

### Euro-Rettung: FDP beginnt Mitgliederentscheid

Mit der Versendung der Wahlunterlagen am 7.11.2011, hat die FDP offiziell ihre Mitglieder aufgerufen sich an der Entscheidung zur Euro-Rettung zu beteiligen. Bis Mitte Dezember

haben die rund 65.000 Parteimitglieder Zeit, ihre Stimme für einen von zwei Anträgen abzugeben. Zur Wahl stehen ein Antrag, den ab 2013 geplanten dauerhaften **Euro-Krisenmechanismus ESM** abzulehnen. Der Bundesvorstand der FDP bekennt sich dagegen in seinem Alternativantrag zu Hilfen durch den ESM als Nachfolge für den umstrittenen vorläufigen Euro-Rettungsschirm **EFSF**, tritt aber auch für einen **Stabilitätspakt II** ein, der zukünftige Krisen durch strengere Auflagen für die Euro-Länder vermeiden soll. Die FDP ist damit die einzige im Bundestag vertretene Partei, die sich in dieser Frage einer offenen Diskussion stellt. Der Generalsekretär der FDP, Christian Lindner rief die anderen Parteien auf, ebenfalls Mitgliederentscheide zur Euro-Rettung zu veranstalten: „Wir sind eine Parteiendemokratie, deshalb müssen die Parteien dieser Verantwortung nachkommen“. Das Ergebnis der Abstimmung ist für die Partei bindend, wenn sich mindestens 30 Prozent der Mitglieder beteiligen, wobei die einfache Mehrheit entscheidet. Bis zum 13.12.2011 können die Stimmen abgegeben werden, am 15.12.2011 beginnt die Auszählung und für spätestens den 17.12.2011 ist die Bekanntgabe des Ergebnisses des Mitgliederentscheids anberaumt. Die Anträge und weitere Informationen finden Sie hier:

<http://mitgliederentscheid.fdp.de>



## Foto Aktuell



### Bundesparteitag in Frankfurt

Die Delegierten des Kreisverbandes Rems-Murr auf dem FDP-Bundesparteitag am 12. und 13. November 2011 in Frankfurt.

v.l.n.r.: Hartfrid Wolff MdB, Jörg Brehmer, FDP-Kreisvorsitzender Rems-Murr, Marc Puder aus Fellbach und Klaus Wangerin, FDP-Vorsitzender in Waiblingen

Foto: Privat

# Lohnuntergrenze ist notwendig

Interview der Südwest-Presse mit Hartfrid Wolff zum Thema Mindestlöhne

**Herr Wolff, wird es in dieser Legislaturperiode einen generellen Mindestlohn in Deutschland geben, ob gesetzlich oder von den Tarifparteien vereinbart?**

HARTFRID WOLFF: Zweifellos gibt es Probleme bei Niedriglöhnen, und wir brauchen eine Lösung. Ich halte viel davon, dass wir eine Regelung für eine **Lohnuntergrenze** auch in Deutschland noch in dieser Legislaturperiode hinbekommen. Wichtig ist allerdings, dass sie ordnungspolitisch sauber ist.

**Was heißt das konkret?**

WOLFF: Zum ersten darf eine Lohnuntergrenze nicht von der Politik vorgegeben werden. Zum zweiten müssen regionale Unterschiede berücksichtigt werden. Und zum dritten müssen wir sicherstellen, dass es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt; Lohnuntergrenzen dürfen nicht zu Arbeitsplatzverlusten führen! Aus meiner Sicht sind diese Anforderungen dadurch zu erfüllen, dass wir eine Kommission einsetzen, die diese Punkte mit berücksichtigt und Empfehlungen vorgibt.

**Wer soll in dieser Kommission sitzen?**

WOLFF: Zunächst die Tarifparteien, also Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Hinzu kommen sollte ökonomischer Sachverständigen, alsoparitätisch ausgewählte Wissenschaftler. Entscheidend ist, auch die Interessen der Arbeitslosen und volkswirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Das soll die Aufgabe der Wissenschaftler sein.

**Die CDU macht derzeit einen Schwenk: Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine allgemeine Lohnuntergrenze, die an den Mindestlohn für die Zeitarbeit angelehnt ist. Was halten Sie davon?**

WOLFF: Es ist richtig und gut, dass sich auch die Union darüber Gedanken macht. Aber ich halte es für sinnvoller und besser, ein anderes Modell zu wählen, das auch die Interessen der Arbeitslosen, die Wettbewerbs- und Arbeitsmarktsituation und die ökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Dazu wäre die **Niedriglohn-Kommission** der richtige Weg.

**Wären nicht Arbeitgeber und Gewerkschaften der Zeitarbeit überfordert, sich auf eine Lohnuntergrenze zu einigen?**

WOLFF: Der Ansatzpunkt bei der Zeitarbeit erscheint mir zwar als interessant. Er reicht



Hartfrid Wolff MdB

Foto: Kiessling

mir aber nicht aus. Entscheidend ist, dass wir nicht nur Arbeitgeber und Gewerkschaften verhandeln lassen, sondern auch volkswirtschaftliche Komponenten über die Wissenschaft berücksichtigen. Wenn wir nur an der Zeitarbeit anknüpfen, würde sich die Untergrenze zudem zu stark auf nur eine Branche fokussieren.

**Die FDP war eigentlich immer der heftigste Gegner von Mindestlöhnen. Woher kommt dieser Schwenk?**

WOLFF: Schon heute müssen sich Gerichte mit der Frage sittenwidriger Löhne beschäftigen. Damit legen sie letztlich Mindestlöhne staatlich fest. Bereits seit Jahren ist z.B. durch die Praxis von Lohnkostenzuschüssen die frühere Grenze zwischen Sozialleistung

und Arbeitslohn verwischt worden. Der Markt ist nicht, wie die klassische Markttheorie annimmt, ein freier Arbeitsmarkt, sondern reguliert und verzerrt. Der Markt ist ohnehin gestört, nicht erst durch etwaige Mindestlöhne. Ich halte es da mit Walter Eucken, dem Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft: Es fehlt eine vernünftige gesellschaftliche Diskussion über Löhne und Lohnuntergrenzen. Das halte ich für dringend nötig. Deswegen der Vorschlag des Kommissionsmodells.

**Spricht daraus auch die Erkenntnis, dass immer mehr Arbeitgeber Hungerlöhne zahlen und ausnutzen, dass sie der Staat aufstockt?**

WOLFF: Es ist ein sehr liberaler Ansatz, wenn diejenigen, die Leistungen erbringen, davon auch leben können. Das heißt: Wir wollen beim individuellen Arbeitsverhältnis ansetzen und möglichst wenig staatliche Transfers geben. Staatliche Maßnahmen, die Menschen anspornen, die Arbeitslosigkeit zu verlassen, sind zwar grundsätzlich richtig. Entscheidend ist dann aber eine menschenwürdige Bezahlung. Daher halte ich in einer Marktwirtschaft Lohnuntergrenzen für richtig.

**Hat die FDP in diesem Punkt eine einheitliche Meinung?**

WOLFF: Wir haben in der FDP derzeit eine progressive Diskussion genau so wie in der Koalition. Ich stehe mit meinen Überlegungen jedenfalls nicht alleine da. Beispielsweise denken auch Dirk Niebel oder der FDP-Sozialexperte Pascal Kober aus Reutlingen in diese Richtung.

**Bis wann rechnen Sie mit einer Einigung?**

WOLFF: Wir müssen sehen, wie die Diskussion innerhalb der FDP und beim Koalitionspartner läuft. Ich hoffe, dass wir das Problem bald lösen können, in jedem Fall noch in dieser Legislaturperiode.

## Foto Aktuell



Aktionsbündnis der ProS21-Kampagne im Rems-Murr-Kreis.

NEIN zum Kündigungsgesetz

v.l.n.r. OB Christoph Palm, Fellbach, Claus Paal MdL, Weinstadt und Hartfrid Wolff MdB, Schorndorf.

Foto: Mischke